

Ärger in der IHK

Mitglieder wehren sich gegen die politischen Äußerungen pro Stuttgart 21 und Atomkraft

Waiblingen/Remshalden (pia).
Ein Remstaler Gartengestalter wehrt sich gegen die politischen Äußerungen der IHK. Er sagt, dass die IHK sich neutral verhalten sollte, wenn alle Selbstständigen Mitglied sein müssen. Sonst will er nicht mehr Mitglied sein.

Benn Spellenberg, selbstständiger Gartengestalter aus Grunbach, ärgert sich. Seit er seinen eigenen Betrieb hat, ist er zum Zwangsmitglied in der IHK geworden. Dass er Mitglied in einem Berufsverband sein muss, findet er gar nicht so schlimm. Dass es aber die IHK sein muss, das bringt ihn in Rage. Denn die IHK äußert sich politisch. Und zwar in einer Art und Weise, die er nicht richtig findet.

Benn Spellenberg ist erklärter Gegner von Stuttgart 21, kein Fan vom Nordosttrung und auch kein Verfechter der Atomkraft. Zu all diesen Dingen aber hat sich die IHK positiv geäußert. Und zwar so, dass die Unterstützung nicht zu überhören beziehungsweise zu übersehen war. Benn Spellenberg

ist nun der Meinung: Wenn er und viele andere auch Mitglied sein müssen, dann sollte die IHK sich politisch neutral verhalten. „Ich will mir nicht sagen lassen: Das ist gut für dich.“ Er nimmt auch dem Verband nicht ab, dass die Interessen aller vertreten werden. Und er fürchtet, dass die Interessen, die die IHK vertritt und die nicht die seinen sind, auch mit Geld vorangetrieben werden. Schließlich, so sagt er, sei das Vermögen der IHK nicht ohne. Das Kassenvermögen lag im letzten Jahr immerhin bei gut 32 Millionen Euro.

Benn Spellenberg ist mit seiner Kritik nicht alleine. Kilian Schlaich, selbstständiger Computerfachmann aus dem Remstal, wartet jedes Mal lieber, bis ein Mahnbcheid mit Gerichtsvollzieherkosten kommt, bevor er den Mitgliedsbeitrag bezahlt. Das sei es ihm wert, sagt er.

Das Stuttgarter Verwaltungsgericht urteilte gestern außerdem, dass ein Plakat an dem Stuttgarter IHK-Gebäude, das für Stuttgart 21 warb, genauso rechtswidrig sei wie der Abdruck des Plakats im IHK-Magazin. Die IHK dürfe sich zwar politisch äußern, doch sie sei, „als eine Zwangskörperschaft des öffentlichen Rechts – anders als

ein privatrechtlicher Verein oder eine Partei – gehalten, bei ihren Äußerungen ein höchstmögliches Maß an Objektivität zu gewährleisten“.

Die IHK antwortet in einer Pressemitteilung allerdings: „Die Industrie- und Handelskammer IHK Region Stuttgart steht unverändert zu Stuttgart 21.“ Gerade bei strittigen Themen müsse auch weiterhin die Möglichkeit bestehen, die Haltung der Wirtschaft deutlich zu machen.

Ärger auch bei den Handwerkern

Der Ärger in der IHK ist kein Solitär: Erst kürzlich wehrte sich Handwerksmeister Wolfgang Schwarz gegen die Rede von Kreishandwerkermeister Roland Wöhr, der auf der Lossprechungsfeier der Handwerkskammer ebenfalls für Stuttgart 21 geworben hatte.

Hans-Martin Gayer, Geschäftsführer der IHK-Bezirkskammer Rems-Murr, erklärt das Prozedere der politischen Meinungsbildung in der IHK so: Die IHK funktioniere letztlich wie eine Stadt. In Gremien werde diskutiert und am Ende abgestimmt. Dieses

Abstimmungsergebnis sei dann die Meinung, die die IHK nach außen vertrete. Quasi wie Gemeinderat und Bürgermeister. Dass es Differenzen gebe, sei bei rund 2500 Mitgliedern im Rems-Murr-Kreis ganz klar, doch wer seiner anderen Meinung Nachdruck verleihen wolle und die Äußerungen der IHK in eine andere Richtung lenken wolle, müsse sich eben engagieren und wählen lassen. Gerade bei Stuttgart 21 sei das positive Votum durchgängig gewesen, nur ganz wenige hätten sich dagegen geäußert. „So ist nun mal Demokratie“, sagt Gayer.

Benn Spellenberg hat der IHK einen Brief geschrieben: Es müsse wohl ein Missverständnis sein, dass ihm eine Mitgliedsbeitragsrechnung zugeschickt worden sei. Die IHK schrieb zurück: Sie nehme die Interessen der Wirtschaft wahr, dazu gehöre auch eine funktionierende Infrastruktur und somit auch Stuttgart 21. Das habe das Präsidium der IHK so beschlossen. Man mache keine Klientelpolitik. Und seinen Mitgliedsbeitrag ziehe man trotz aller Kritik trotzdem ein. Damit hat Benn Spellenberg ja gerechnet. Doch zum Urteil des Verwaltungsgerichts sagt er: „Das ist doch mal ein positives Urteil.“